

Aussenpolitik



Ohne Neutralität – keine Schweiz

Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein. Der Ausverkauf unserer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. Deshalb darf unser Land nicht weiter schleichend in internationale Gebilde, wie etwa die EU, eingebunden werden. Die SVP bekennt sich auf Basis der Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der guten Dienste, der Vermittlung, des Handels auf Augenhöhe und der humanitären Hilfe.



Laurence Piquerez
Rechtsanwältin

“ Die Schweiz ist der EU in Sachen Demokratie und Freiheit weit überlegen! Geben wir unsere Selbstbestimmung nicht leichtfertig auf und bleiben wir unserer Neutralität verpflichtet. Denn beides ist Garant dafür, dass wir weiterhin in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit leben können! ”

Unterwanderung der Neutralität droht

Die Geschichte zeigt es. Die Schweiz hat sich nicht in fremde Händel eingemischt und wurde beispielsweise im Zweiten Weltkrieg weitgehend verschont. Die Neutralität hat Jahrhunderte überdauert und bildet einen integralen Bestandteil der Sicherheitspolitik unseres Landes. Die Neutralität ist einer der wichtigsten Stützpfeiler der Schweizer Aussenpolitik. Die erfolgreiche Neutralitätspolitik der Schweiz hängt von der Wahrnehmung anderer Staaten ab. Die Neutralität muss immerwährend, durch alle Politikbereiche verankert sowie mit einer glaubwürdigen Verteidigungsarmee untermauert sein. Die SVP lehnt jegliche anderweitige Auslegung, ob «aktive Neutralität» oder «kooperative Neutralität», entschieden ab. Nur Opportunisten ohne geschichtliches und politisches Verständnis fordern ein situationsbedingtes Neutralitätsverständnis! Die Schweiz kann zudem nur glaubwürdig Gute Dienste für andere Staaten erbringen, wenn die Schweiz den Ruf als unabhängiges Land nicht verliert. Die SVP setzt sich ohne Wenn und Aber für die immerwährende, bewaffnete und integrale Neutralität ein.

Unparteilichkeit braucht Mut

Neutral zu sein ist nicht einfach. Man wird meist von beiden Seiten unter Druck gesetzt. Immerwährende Neutralität meint dabei nicht nur eine rein juristische und militärisch verstandene Neutralität (Neutralitätsrecht), sondern auch eine gelebte Neutralität (Neutralitätspolitik) in der Aussenpolitik. Dies bedeutet, dass der Bundesrat weder eigene

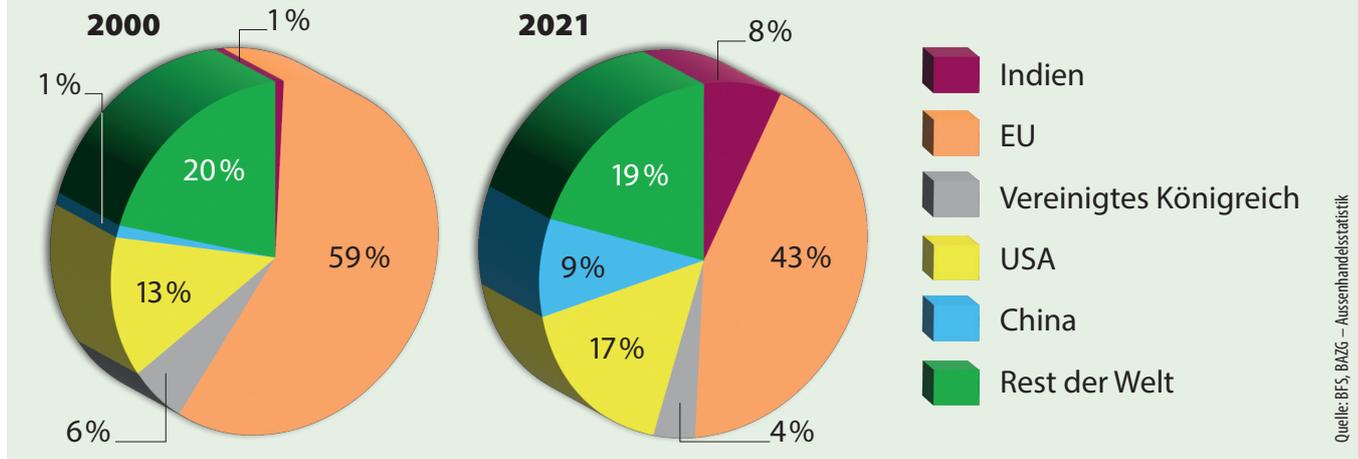
Sanktionen gegen Drittstaaten verhängt noch eine einseitige Sanktionspolitik (diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich) mitträgt, auch nicht jene der EU oder der OSZE. Vorbehalten sind Massnahmen, damit nichtmilitärische Zwangsmassnahmen anderer Staaten nicht umgangen werden können.

Als Friedensnation offen für Handel

Die Schweiz hat ihre Bestrebungen zu intensivieren, mit allen Staaten und Organisationen auf Augenhöhe Handel zu treiben und sich in diesem Bereich nicht einseitig auf die EU zu fokussieren. Zu dieser universalistischen Aussenhandelspolitik gehört die bewusste Diversifikation durch ausgewogene Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten. Handel ist die beste Grundlage für freundschaftliche Beziehungen



Warenaussenhandel der Schweiz



und dauerhaften Frieden. Wirtschaftliche Verknüpfungen sind auch Ausdruck von gegenseitigen gemeinsamen Interessen. Wirtschaftspolitische Beziehungen bestehen in erster Linie aus den beteiligten Handelspartnern und bedürfen keiner politischen Institutionen, Organisationen oder Anbindungsversuchen. Das eigene Recht muss dem Recht bürgerferner internationaler Institutionen vorgehen. Vereinheitlichung und Gleichmacherei widersprechen sogar dem Freihandel. Konkurrenz und Wettbewerb führen zu mehr Freiheit, mehr Innovation, mehr Auswahl und somit zum gemeinsamen Erfolg.

Ohne Anbindung an die EU erfolgreich

Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie: dass die Bevölkerung – im Gegensatz zu allen anderen

Staaten – Nein zum EU-Beitritt sagen kann. Und es ist das Verdienst der SVP, seit über zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU- und EWR-Beitritt sowie gegen das Rahmenabkommen gekämpft zu haben. Interessanterweise läutete der Nichtbeitritt zum EWR 1992 entgegen allen Vorhersagen und Behauptungen nicht den Untergang der Schweiz ein. Der Schweiz geht es seit den Neunzigerjahren wirtschaftlich besser denn je – gerade wegen ihrer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. So erstaunt es, dass beim Verhältnis zur EU heute wieder die alte Leier ertönt: Ohne Anbindung oder ohne weitere Abkommen mit der EU würden wir in der Armut versinken, posauern Verwaltung und Wirtschaftsfunktionäre ins Land hinaus. Sogar die Diskussion über einen möglichen EU- oder EWR-Beitritt werden seit dem Scheitern des Rahmenabkommens in gewissen Kreisen wieder aktiv geführt. Offensichtlich ist dieses ständige Man-

tra des Untergangs der Schweiz ohne EU-Anbindung reine Angstmacherei. Die Schweiz braucht zwar gute wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zur EU, aber keinesfalls sind wir auf eine staatliche Einbindung angewiesen, die uns einzig in die Unterwerfung führt. Bilaterale Beziehungen und Verträge in beidseitigem Interesse sind zu befürworten, aber keine EU-Integrationspolitik, die als Endziel den EU-Beitritt hat oder uns immer abhängiger und angepasster macht, bis wir schleichend doch drin sind. Es gibt für die Bürger keinen Grund, sich einem schlechteren System anzugleichen, das geprägt ist von abgehobenen, ideologi-

Was ist Soft Law?

Hard Law beschreibt rechtlich bindende Übereinkommen oder Gesetze. Soft Law hingegen ist eine unverbindliche Übereinkunft, auf die man sich quasi stillschweigend einigt. Weil Soft Law keine rechtlichen Verpflichtungen hat, hat es anfangs den Charakter einer Empfehlung. Länder, die am meisten von diesen Empfehlungen profitieren (z. B. Steuerbereiche), fördern deren Entstehung. Einflussreicher werdende internationale Organisationen bzw. deren abgehobene Bürokraten machen sich in der Folge Soft Law zu Nutze, indem sie über die Hintertür Standards mit verbindlichem Charakter schaffen. Dabei hilft ihnen das Gewohnheitsrecht, das rechtliche Verpflichtungen für die Schweiz ohne Mitbestimmungsrecht von Parlament und Volk schafft.



schen Bürokraten, hoher Jugendarbeitslosigkeit, hoher Inflation und Armut, Bürgerferne, Bürokratie und Zentralismus.

Fremdes Recht wird priorisiert

Heute wird das internationale Recht höher eingestuft als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeigt sich darin, dass immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht korrekt umgesetzt werden. Dieses fremde Recht, das oft trügerisch als «Völkerrecht» betitelt wird, ist aber wenig oder meistens überhaupt nicht demokratisch legitimiert. Auch der Bezug zu den Menschenrechten ist irreführend.

Die heutige Diskussion um Menschenrechte hat nichts mehr mit dem ursprünglichen Begriff zu tun und ist eine ausufernde Interpretation der ursprünglichen Charta der Vereinten Nationen durch den Europäischen Gerichtshof. Gerichte mischen sich immer stärker und offensichtlicher in die Angelegenheiten der Staaten ein und missachten die jeweiligen Verfassungen und die Souveränität. Die ordnungspolitische Errungenschaft der Gewaltentrennung geht verloren. Mit sogenanntem «Soft Law» definieren Bürokraten internationaler Organisationen «unverbindliche» Handlungsrichtlinien für die Mitgliedsstaaten. Es wird dann aber erwartet, dass die Staaten in ihrer Gesetzgebung diesen Handlungsrichtlinien von sich aus folgen. Der Bevölkerung wird vorgegaukelt, es handle sich um einen freien, selbstgewählten und transparenten Gesetzgebungsprozess. Die linken Staatsangestellten versuchen, Soft Law durch die Hintertür einzuführen, indem das



Parlament in diesen Fragen kaum Einfluss nehmen kann, wie dies beispielsweise mit dem Migrationspakt, dem Pandemiepakt und den Pariser Klimazielen versucht wurde und wird. Die SVP fordert daher im Bereich des Soft Laws Transparenz zu schaffen und zwingend verpflichtende Volksabstimmungen zur Übernahme von Soft Law durchzuführen.

Der drohende Verlust der Selbstbestimmung

Selbstbestimmung bedeutet: Keine institutionelle Einbindung in die EU und damit keine aufgezwungenen Rechtsübernahmen und keine fremden Richter. Ein gefährlicher Angriff auf die schweizerische Souveränität wurde mit

dem Ende des Rahmenabkommens abgewehrt. Die Souveränität der Schweiz ist aber nach wie vor gefährdet: Linke Kreise fordern eine stärkere Anbindung an die EU, es ist von einem neuen Rahmenabkommen, einer neuen Art von Partnerschaft, einem EWR-Beitritt oder von Seiten der GLP und Grünen von Beitritt die Rede. Die SVP stellt sich gegen jede Übernahme von EU-Recht, die «dynamisch» erfolgen soll – also automatisch und ohne Mitwirkung des Volkes. Jede institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU würde die Schweiz unweigerlich zum untergeordneten Vasallenstaat der EU machen. Die Freiheit und Selbstbestimmung unseres Landes wären dann nur noch als Randnotiz in den Geschichtsbüchern zu finden.

Auslandhilfe beschränken

Das Engagement des Roten Kreuzes, der humanitäre Einsatz der Schweiz und das internationale Genf gehören zu unserem positiven internationalen Renommee und stützen die unparteiische und allseitig offene Haltung der Schweiz. Während das humanitäre Engagement bestehen bleiben soll, muss bei der Entwicklungshilfe aufgeräumt werden. Allein im Jahr 2021 flossen, trotz ausufernder Staatsfinanzen wegen der Corona-Hilfspakete, rund 2,8 Milliarden Franken in die internationale Zusammenarbeit. Dies entspricht mehr als einer Verdoppelung der Auslandshilfen seit 2004. Die teuren staatlichen Hilfsprojekte der letzten Jahrzehnte haben ihr Ziel verfehlt: Nach wie vor halten die Migrationsströme von Süd nach Nord an, Bürgerkriege bedrohen den globalen Süden und die wirtschaftliche Ungleich-

heit in der Welt wächst. Oft werden nicht nur öffentliche Mittel verschwendet, sondern diktatorische, korrupte Regimes und Clans indirekt an der Macht erhalten. Dies zeigt, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Die SVP fordert eine konsequente Neuausrichtung der Entwicklungshilfe. Diese ist an die Rücknahme von abgewiesenen Asylbewerbern zu koppeln. Zudem sind die Kosten im Asylbereich vollumfänglich dem Entwicklungshilfebudget anzurechnen. Steuergelder dürfen nicht nach dem Giesskannenprinzip an Entwicklungsländer ausgeschüttet werden. Die Entwicklungshilfeausgaben sind strikt auf das Niveau von 2004 zu begrenzen und die unterstützten Projekte müssen regelmässig und unabhängig auf ihren Nutzen vor Ort untersucht werden. Projekte, die ihre Ziele nicht erreichen oder gar keine Ziele definiert haben, sind sofort zu beenden.



Standpunkte

Die SVP ...

- verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Gewährleistung von Freiheit, Selbstbestimmung, Volksrechten, Eigenständigkeit und Neutralität der Schweiz;
- verlangt, dass die Schweiz gute Beziehungen mit allen Ländern im Interesse der Schweizer Bevölkerung anstrebt;
- fordert, dass der Bundesrat dem Parlament einen ordentlichen und referendumsfähigen Bundesbeschluss vorlegt, statt den Migrationspakt und andere internationale Instrumente und Verträge über die Hintertüre des sogenannten «Soft Law» einzuführen;
- verlangt, dass die Schweiz als Kleinstaat die bewährte Leistung Guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und das Korps für humanitäre Hilfe lebt, statt auf die Bühne der Grossmächte zu drängen;
- verlangt, dass die Schweiz bei internationalen Krisen absolute Zurückhaltung übt und stattdessen ihre Guten Dienste anbietet;
- verlangt, dass die Schweiz in ihren Mitgliedschaften (z. B. UNO, OECD etc.) die Interessen einer unabhängigen und neutralen Schweiz vertritt;
- unterstützt die Neutralitätsinitiative, die die immerwährende und bewaffnete Neutralität der Schweiz in der Verfassung festschreiben will;
- bekämpft alle Bestrebungen, die die Schweiz durch die Hintertüre in die EU führen wollen;
- setzt sich für die Weiterverfolgung des bilateralen Wegs mit der EU auf Augenhöhe ein;
- ist gegen wiederkehrende Kohäsionsbeiträge an die EU ohne gleichwertige Gegenleistungen;
- ist für eine starke Reduktion und Befristung der staatlichen Entwicklungshilfeausgaben und Verschiebung freierwerdender Mittel zugunsten der Schweizer Bevölkerung;
- verlangt, dass die Entwicklungshilfe an die Rücknahme von abgewiesenen Asylbewerbern gekoppelt wird und die Asylausgaben vollumfänglich dem Entwicklungshilfebudget angerechnet werden;
- strebt, unter Berücksichtigung der Landwirtschaftsinteressen, Beziehungen mit allen Staaten der Welt auf der Basis von Freihandelsabkommen an, statt sich auf die EU zu fixieren.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ Freiheit, Sicherheit, Stabilität, Wohlstand, Selbstbestimmung und Frieden;
- ✓ keinen EU-Beitritt und damit keine Unterwerfung unter fremdes Recht und fremde Richter;
- ✓ einen exzellenten Ruf hinsichtlich Rechtssicherheit und einen stabilen Wirtschaftsplatz;
- ✓ als Stimmbürger die Sicherheit, auch in Zukunft selbst bestimmen zu können, welche Regeln in der Schweiz zu gelten haben;
- ✓ als Bürger eine Regierung, die für uns Schweizer sorgt, statt das Rampenlicht der Weltbühne zu suchen;
- ✓ als Unternehmer eine bessere Interessenvertretung im Ausland und bessere Beziehungen dank Freihandelsabkommen sowie weniger Bürokratie;
- ✓ als Schweizer Bürger im Ausland höhere Sicherheit, da die Schweiz in globalen Konflikten als Vermittlerin und nicht als Kriegspartei auftritt.